

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

9. Sitzung

am Donnerstag, dem 9. November 2000, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Andreas Beran (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Arno Jahner (SPD)

in Vertretung von Siegrid Tenor-Alschausky

Sandra Redmann (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Helga Kleiner (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Dr. Heiner Garg (F.D.P.)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Silke Hinrichsen (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:**Anhörung****Tag der Initiativen**

Teilnehmer	Verband/Institution	Umdruck	Seite
Reinhard Pohl Behjat Moaali	REFUGIO, Zentrum für Beratung, Behandlung und Psychotherapie von Folteropfern	15/445	4
Annelies Wiesner	CJD Christlicher Jugenddorfwerk	15/446	6
Florentine Spill Ingrid Cöllner	Flensburger Tafel	15/287, 15/448	7
Beate Kuhn	Café Jerusalem e.V.	15/235	8
Andreas Dehnke	Odyssee e.V.	15/399	9
Gisela Bartz Peggy Haß-Petersen Elke Domröse-Happonen	Internationale Frauenwerkstatt SAHELI	15/352	11

Der Vorsitzende, Abg. Beran, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Tag der Initiativen

hier: Anhörung

REFUGIO, Zentrum für Beratung, Behandlung und Psychiatrie von Folteropfern

Umdruck 15/445

Herr Pohl stellt dem Sozialausschuss das Zentrum für Behandlung, Beratung und Psychotherapie von Folter-, Flucht- und Gewaltopfern in Schleswig-Holstein, REFUGIO, vor, Umdruck 15/445, das seit seiner Gründung im Jahr 1997 zirka 200 traumatisierte Flüchtlinge betreut hat. Die Flüchtlinge stammten zu einem Drittel aus Kurdistan - sowohl aus der Türkei als auch aus dem Irak -, zu einem Drittel aus dem Balkan - Bosnien, Kosovo - und zu einem weiteren Drittel aus den verschiedensten Teilen der Welt.

Einleitend erläutert Herr Pohl den Begriff der Traumatisierung. Darunter seien Erlebnisse von Menschen zu verstehen, die deutlich über die normale Fähigkeit eines Menschen hinausgingen, etwas zu verarbeiten. Es könne sich um ein einzelnes Ereignis, aber auch um Ereignisse handeln, die sich über einen längeren Zeitraum hinzögen. Kennzeichnend seien absolute Hilflosigkeit und Todesangst. Die Ereignisse würden ständig wieder erlebt, ohne dass die Menschen zwischen Realität und Traum unterscheiden könnten.

Anschließend beschreibt Herr Pohl die „Überlebensstrategien“ traumatisierter Flüchtlinge. Entweder zögen sie sich zurück, indem sie traumaauslösende Reize vermieden, oder sie seien besonders erregt. Als Selbstschutzmechanismus setze teilweise Gedächtnisverlust ein. Von einer chronischen Traumatisierung sei auszugehen, wenn eine posttraumatische Belastungsstörung vorliege und die Symptome länger als zwei Jahre andauerten und zu einer Persönlichkeitsveränderung führten. Bezeichnend sei, dass das Grundvertrauen in andere Menschen ganz entscheidend gestört sei.

Er gehe davon aus, dass zirka 15 % bis 20 % der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge traumatisiert sei.

Herr Pohl unterstreicht, es seien nicht alle traumatisierten Flüchtlinge behandlungsbedürftig. Die Behandlungschancen seien relativ gut, wenn das Umfeld stimme und die Behandlung möglichst schnell einsetze. Es komme darauf an, dass die traumatisierten Flüchtlinge nicht gezwungen werden dürften, ihre Erlebnisse berichten zu müssen und sich auf diese Weise wieder an sie zu erinnern. Außerdem müssten sie das Gefühl haben, in Sicherheit zu leben. Diesen Anforderungen werde das deutsche Asylrecht nicht gerecht. Innerhalb einer Woche hätten die Flüchtlinge alles zu berichten, was ihnen passiert sei. Später Vorgebrachtes brauche bei einer Entscheidung nicht berücksichtigt zu werden. Außerdem lebten Flüchtlinge in Unsicherheit.

Nach der Schilderung von verschiedenen Einzelbeispielen führt Herr Pohl auf eine Frage von Abg. Redmann aus, alle in der Flüchtlingsbetreuung tätigen Mitarbeiter erhielten auf Kosten des Vereins aus dem Zuschuss des Innenministeriums Supervision.

Frau Moali schließt die Ausführungen mit dem Hinweis darauf, dass die Finanzierung von REFUGIO problematisch sei. Von den insgesamt 16 Zentren in Deutschland sei REFUGIO mit einer halben Stelle das „ärmste und kleinste“ Zentrum. Das zweitkleinste Zentrum verfüge immerhin über sechs bezahlte Stellen. Es habe oft Situationen gegeben, in denen sie „das Handtuch“ habe „hinwerfen“ wollen, da die Arbeit in Anbetracht steigender Flüchtlingszahlen nicht mehr zu leisten sei. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass REFUGIO als Auszeichnung für die Qualität der Arbeit und das Engagement 1999 den Annette-Barthelt-Preis erhalten habe.

CJD Christliches Jugenddorfwerk

Umdruck 15/446

Frau Wiesner führt unter Hinweis darauf, dass das Christliche Jugenddorfwerk Deutschland - CJD - einer der größten Bildungs- und Ausbildungsträger in Deutschland sei, in die Arbeit des CJD Eutin ein, Umdruck 15/446. Das CJD Eutin sei vor zehn Jahren aus einem so genannten Jugendgemeinschaftswerk hervorgegangen, das sich der Integration junger Aussiedler gewidmet habe.

Nach Auffassung des CJD stellen Migration und Integration eine Querschnittsaufgabe dar, der sich das CJD in drei Bereichen widme: Berufsbildung, Beschäftigung und Qualifizierung; Hilfen zur Erziehung sowie Migrationsfachdienste. Maßgeblich für die Integration seien neben der Vermittlung von Sprachkenntnissen auch die Möglichkeit zur Orientierung.

Frau Wiesner gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, auch und gerade im Rahmen der Debatte über die Vermeidung von Rechtsextremismus müsse das Augenmerk verstärkt auf die Felder Konfliktmanagement, Wissenstransfer und interkulturelle Kompetenz gelegt werden. Dies seien „Kernaufgaben“, die alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens - von der Schule über die Verwaltung wie Polizei und Justiz - betreffe, die mit Migranten zu tun hätten.

Frau Wiesner teilt auf eine Frage von Abg. Jahner mit, ursprünglich habe das CJD aus großen „Dörfern“ bestanden, in denen Jugendlichen nach dem Motto „keiner dürfe verloren gehen“ Obdach gewährt und Bildung vermittelt worden sei. Nach einer Umstrukturierung biete das CJD dezentral in Schleswig-Holstein nunmehr Bildung und Sozialarbeit an. Dazu kooperiere das CJD auf kommunaler wie regionaler Ebene und sei zudem in vier europäische Projekte eingebunden, von denen sich ein Projekt dem Bereich der Berufsförderung junger Migranten widme.

Für wünschenswert erachte sie, führt Frau Wiesner auf eine Frage von Abg. Birk aus, Migranten in die professionelle Arbeit auf dem Gebiet der Integration einzubeziehen. Auf eine weitere Frage von Abg. Birk, wie sie die vom Innenministerium - dies sei für die Sozialarbeit in diesem Bereich zuständig - beabsichtigte Neuorganisation von Migrations- und Sozialarbeit beurteile, erwidert Frau Wiesner, mit dieser Konzeption würden zu viele Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden könnten. Sie beurteile diesen Ansatz daher als „schwierig“.

Flensburger Tafel

Umdrucke 15/287, 15/448

Die der Flensburger Tafel zugrunde liegende Idee beruhe darauf, führt Frau Spill aus, verwertbare Lebensmittel zu sammeln, die anderenfalls weggeworfen würden, und an bedürftige Menschen abzugeben. Die Idee stamme aus Amerika und sei 1993 in Deutschland, nämlich in Berlin, aufgegriffen worden. Es gebe zurzeit 300 „Tafeln“ in Deutschland, von denen über die Hälfte eigenständige Vereine seien, die andere Hälfte sei als Projekte verschiedener Sozialträger integriert, Umdrucke 15/287, 15/448.

Die 1997 gegründete Flensburger Tafel betreue zirka 500 Familien und verfüge über einen eigenen Laden. Für die Dauer von drei Jahren stelle Mercedes einen LKW zur Verfügung. Danach müsse die Flensburger Tafel für die Autos die vollen Kosten tragen.

Die Flensburger Tafel finanziere sich ausschließlich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und einer D-Mark für die Lebensmittel. Bis auf zwei Mitarbeiter arbeiteten ehrenamtliche Helfer für die Flensburger Tafel. Sie richte sich an alle Menschen, die anhand eines Sozialpasses oder einer Bescheinigung über Medikamentenbefreiung ihre Bedürftigkeit dokumentieren könnten. Dazu zählten sozial schwache Familien und Arbeitslose. Die Flensburger Tafel hole täglich aus zirka 40 Geschäften Lebensmittel ab.

Auf eine Frage von Abg. Geerds erläutert Frau Spill, die zwei Mitarbeiter hätten auf zwei Jahre befristete Stellen. Für das erste Jahr erhielten sie den Zuschuss zur Sozialversicherung, während die Flensburger Tafel diese Kosten im zweiten Jahr selbst tragen müsse. Nach der neuen Gesetzeslage bestehe jedoch die Möglichkeit, die Beschäftigung dieser Kräfte zu verlängern.

Auf eine Nachfrage von Abg. Kleiner bestätigt Frau Spill, die Flensburger Tafel biete auch eine warme Mahlzeit an, die sie von einem Flensburger Krankenhaus täglich ab 14:30 Uhr abholen könne. Einen Kostenfaktor stelle jedoch der Behälter für die warmen Speisen dar, da dieser aus Hygienegründen nicht zurückgenommen werden dürfe und die Kosten 65 Pf. betrügen. Frau Cöllner merkt auf eine Frage von Abg. Kalinka an, der Anteil der Ausländer sei sehr groß, während sich junge Frauen oder Kleinstrentner oft nicht trautes, diesen Laden aufzusuchen. Frau Spill unterstreicht, dass die Flensburger Tafel nicht vom örtlichen Sozialhilfeträger finanziell unterstützt werde.

Café Jerusalem e.V.

Umdruck 15/235

Frau Kuhn erläutert in großen Zügen die Arbeit des Café Jerusalem, Umdruck 15/235. Ziel des Café Jerusalem sei es, bedürftigen Menschen einen Aufenthaltsraum zu geben, wo sie Ansprache fänden, und sie mit Speisen zu versorgen. Im Café Jerusalem könnten auch Menschen so genannte Strafstunden „abarbeiten“, um wieder einen Weg in die Normalität und in den Alltag zu finden. Frau Kuhn problematisiert, diejenigen, die zu ihnen kämen, seien aufgrund von Suchtproblemen oder Langzeitarbeitslosigkeit in der Regel nicht in der Lage, nach einem Jahr - wie es das neue Gesetz im Rahmen von ASH 2000 vorsehe -, einen Arbeitsplatz zu finden. Das Café Jerusalem überlege zurzeit, wie diese Leute ohne diese Gelder weiter beschäftigt werden könnten. Auch der Erfolg einer Qualifizierung der Gruppen, die das Café Jerusalem aufsuchten, sei in Anbetracht der Arbeitsmarktsituation in Neumünster zweifelhaft. Diese Gruppen würden auf dem ersten Arbeitsmarkt langfristig keinen Arbeitsplatz finden, prognostiziert Frau Kuhn.

In der anschließenden Diskussion merkt Frau Kuhn auf eine Frage von Abg. Birk an, ihr sei klar, dass für das Café Jerusalem ab dem Jahr 2002 wegen der Änderungen im Zusammenhang mit ASH 2000 keine Aussichten bestehen werden, weiterhin gefördert zu werden. Das beruhe darauf, dass das Café Jerusalem aufgrund der schwierigen Klientel nicht die vorgegebenen Quoten werde erreichen können. In diesem Zusammenhang weist Abg. Dr. Garg auf einen Abschnitt im Programm ASH 2000 hin, der sich ausdrücklich auf Personen mit Suchtmittelproblemen beziehe.

Frau Kuhn bestätigt gegenüber Abg. Dr. Garg, dass ein geringer Teil der Klientel illegale Drogen zu sich nehme. Das Café Jerusalem arbeite eng mit der Suchtberatung sowie mit der Polizei zusammen.

Frau Kuhn teilt auf eine Nachfrage von Abg. Geerds mit, das Café Jerusalem werde zu einem Drittel von Obdachlosen aufgesucht, von denen 80 % Männer seien. Die Kürzung der Sozialhilfe als Zwangsmaßnahme dafür, dass Sozialhilfeempfänger keine Arbeit aufnähmen, führe dazu, dass gerade jüngere Männer - Anfang 20 - auf der Straße landeten. So gebe es einen jungen Mann, der sich geweigert habe, für 2 DM ergänzende Sozialhilfe zu arbeiten, und dem das Sozialamt nunmehr die Miete nicht mehr zahle. Abg. Jahner weist in diesem Zusammenhang auf eine Einrichtung in Neumünster hin, die die Aufgabe hat, Sozialhilfeempfängern schnellst möglich dabei zu helfen, ihnen einen Arbeitsplatz nachzuweisen. Werde dieser Arbeitsplatz jedoch abgelehnt, habe das die Kürzung der Sozialhilfe zur Konsequenz.

Odyssee e.V.

Umdruck 15/399

Herr Dehnke erläutert dem Sozialausschuss die Arbeit des Drogenhilfevereins Odyssee in Kiel, Umdruck 15/399, und stellt die fünf Projekte des Vereins vor, in denen 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt seien.

Zu diesen Projekten zähle unter anderem der Kontaktladen Claro, Treffpunkt und Beratungsstelle für Drogenabhängige, der vielfältige konkrete Angebote der Grundversorgung und des täglichen Lebens biete, wie unter anderem den Spritzentausch, und zu 100 % vom Sozialministerium des Landes finanziert werde. Da es sich bei Spritzen um infektiöses Material handle, sei dies eine kostspielige, wenn auch notwendige Angelegenheit. Mit der Zunahme der Methadonsubstituierten habe der Spritzentausch abgenommen.

Ferner gebe es die Übergangs- und Adaptionseinrichtung im Clean-Bereich, DELTA, die drogenfreie ehemalige Konsumenten betreue, die eine Therapie gemacht hätten. Diese werde von der Rentenversicherungsanstalt bezahlt und diene dazu, die Menschen wieder in die Erwerbstätigkeit zu führen. Bisher habe noch niemand die Einrichtung verlassen, ohne einen Ausbildungs-, Arbeits- oder Schulplatz zu haben.

Die STABI, stabilisierende Drogenarbeit, lege ihren Schwerpunkt auf den Bereich der Arbeit, fährt Herr Dehnke fort. Es sei wenig sinnvoll, Drogenabhängige nur psychisch oder sozial stabilisieren zu wollen, ohne den Aspekt der Arbeit aufzugreifen. Es würden nicht nur Grundkenntnisse vermittelt. Da die Drogenabhängigen in der Regel wenig Kontakte zur Arbeitswelt hätten, gehe es in erster Linie auch um das Erlernen von Tagesstrukturen.

Ferner gebe es das Projekt MIDHGARD, das sich dem betreuten Wohnen im Clean-Bereich widme, sowie das Arbeitsprojekt für Substituierte, METHA. Dieses Projekt werde durch Mittel des Europäischen Sozialfonds sowie über die Pflegeversicherung finanziert. Die im Rahmen dieses Projektes arbeitenden Menschen erhielten aufgrund der Finanzierung über die Pflegeversicherung nicht die 2 DM pro Stunde als Ergänzung zur Sozialhilfe. Er empfinde das als „himmelschreiende Ungerechtigkeit“, da sie gemeinnützige Arbeit leisteten, ohne die Möglichkeit zu haben, etwas hinzu verdienen zu können. Es sei schließlich nicht den Klienten zuzuschreiben, dass sich die Einrichtung über Pflegesätze finanziere.

In der anschließenden Diskussion merkt Herr Dehnke auf Nachfrage von Abg. Dr. Garg nach den Erfahrungen mit dem Dokumentationssystem Horizont an, die Qualität dieses Dokumentationssy-

stems sei in einem Kontaktladen sicherlich weniger zu nutzen als in einer Beratungsstelle. Während in einem therapeutischen Beratungsprozess viele Informationen über einen längeren Zeitraum sehr schnell und gebündelt präsentiert werden könnten, seien diese Informationen im Rahmen klassischer Kontaktarbeit seltener zu erhalten. Allein durch die elektronische Dokumentation verbessere man nicht die Qualität von Arbeit.

Auf die von Abg. Dr. Garg aufgeworfene Frage nach der Substitution spricht sich Herr Dehnke dafür aus, alles zuzulassen, was zur medizinischen Substitution geeignet sei. Dies geschehe bereits. Die Substitution mit Codein sei eine Frage der Dosierung. Demgegenüber sei die Substitution mit Methadon mit dem Nachteil verbunden, dass es täglich verschrieben werden müsse, was die Aufnahme einer regelmäßigen Arbeit erschwere.

Die Einrichtung von Drogenräumen, die Abg. Birk anspricht, erachtet Herr Dehnke für sinnvoll, sofern sie notwendig seien. Diese Notwendigkeit sehe er für Kiel im Unterschied zu Hamburg nicht. Das liege daran, dass Kiel nicht über einen so großen Einzugsbereich wie Hamburg verfüge mit der Konsequenz, dass die Drogenabhängigen dort gezwungen seien, ihre Drogen vor Ort einnehmen zu müssen. Zudem müsse man sich über die Kosten eines Drogenraums im Klaren sein, die sich auf zirka 400.000 bis 500.000 DM beliefen, weil medizinisches Fachpersonal vorgehalten werden müsse. In Anbetracht der finanziellen Situation sowohl des Landes als auch der Stadt gibt er seiner Befürchtung Ausdruck, dass diese Gelder aus anderen Bereichen abgezogen würden. Das halte er für außerordentlich problematisch.

Herr Dehnke führt auf eine Frage von Abg. Baasch aus, das wesentliche Problem in der Kieler Justizvollzugsanstalt sei, dass sie als einzige Einrichtung nicht substituiere. Das betreffe auch Inhaftierte, die sich in einem staatlich anerkannten Substitutionsprogramm befänden. Es widerspreche dem Gebot der Menschlichkeit, dass Inhaftierte keinen Anspruch darauf hätten, in der JVA an einem ihnen zugewiesenen Substitutionsprogramm weiter teilnehmen zu können. Das Augenmerk müsse sich verstärkt auf den Spritzentausch richten, um Kontamination zu vermeiden, denn es sei wesentlich einfacher Drogen in eine Justizvollzugsanstalt einzuführen statt Spritzen.

Herr Dehnke bestätigt auf Fragen von Abg. Baasch und Abg. Birk, es gebe in der Bundesrepublik Therapieeinrichtungen, in denen sowohl drogenabhängige Eltern als auch ihre Kinder betreut werden könnten. Die Problematik bestehe jedoch in der sehr schwierigen Kostenübernahmeerklärung für die Kinder.

Internationale Frauenwerkstatt SAHELI

Umdruck 15/352

Frau Bartz führt in die Arbeit der Internationalen Frauenwerkstatt SAHELI, Umdruck 15/352, ein.

Anschließend greift Abg. Hinrichsen die Aussage von Frau Wiesner vom CJD hinsichtlich einer Neuordnung der Migrations- und Sozialberatung auf und fragt die Vertreterinnen von SAHELI nach ihrer Einschätzung. Frau Haß-Petersen merkt an, sie könne die Aussage von Frau Wiesner, es sei nicht sinnvoll, dass die Migrations- und Sozialberatung die Aufgabe übernehmen solle, Mittlerin zwischen Schule und Elternhaus zu sein, nicht nachvollziehen. Im Gegenteil, sie halte eine Vernetzung für notwendig, da es die Beratung erleichtere. Frau Bartz betont in diesem Zusammenhang die Unabhängigkeit von SAHELI, die dazu beitrage, Berührungängste abzubauen.

Frau Haß-Petersen bestätigt auf eine Frage von Abg. Birk, die Problematik der so genannten ge-kaufen Frauen nehme zu, was sie erstmals in diesem Jahr habe feststellen können.

Gegenüber Abg. Baasch teilt Frau Bartz mit, dass SAHELI unter anderem vom DPWV finanziert werde.

Abschließend unterstreicht Frau Bartz die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund der Vertrauensbildung eine Arbeitskraft konstant in dem Verein zu beschäftigen. Dies sei jedoch von SAHELI aus eigenen Mitteln nicht zu finanzieren.

Der Vorsitzende, Abg. Beran, schließt die Sitzung um 17:10 Uhr.

gez. Andreas Beran

Vorsitzender

gez. Birgit Raddatz

Geschäfts- und Protokollführerin

Die Anlagen sind im PDF-Format im ParlaNet einzusehen.